

Liebe Leserinnen und Leser,
hier mein Bericht von der Ratssitzung am 16. Dezember 2010.

Bericht zum Eurovision Song Contest 2011

Der Oberbürgermeister informierte über den Stand der Planungen und gab bekannt, dass die DFL ihre Zustimmung zum Austragen von drei Spielen der Fortuna in einem provisorischen Rheinstadion, das neben der Espritarena im Arena-Sportpark für 20.000 Zuschauer errichtet wird, gegeben hat. Zur Zeit wird ein „Düsseldorf-Song“ komponiert. Am 17.1. wird eine Schlüsselübergabe durch die Stadt Oslo stattfinden.

Personalien

Der Rat bestimmte einstimmig die Reihenfolge, in der die Beigeordneten bei Verhinderung des allgemeinen Vertreters (Abrahams) des Oberbürgermeisters zur allgemeinen Vertretung berufen sind: 1. Hintzsche, 2. Kruse, 3. Dr. Bonin, 4. Lohe, 5. Stulgies, 6. Dr. Keller.

Der Rat

- schlug die Leiterin des Kulturamtes Frau Marianne Schirge für die Besetzung des Kuratoriums der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus-Deutsch-osteuropäisches Forum vor. Vertreterin Dr. Petra Winkelmann, stellv. Leiterin des Kulturamtes (Enthaltung Linke);
- ersetzte ein ausgeschiedenes Ratsmitglied der Linken im Kuratorium der Volkshochschule (einstimmig);
- bestellte die Mitglieder des Vorstandes und des Kuratoriums der Stiftung „Institut zur Erlangung der Hochschulreife für Handwerker, Facharbeiter und andere Berufstätige mit abgeschlossener Ausbildung e.V.“. Die SPD ist durch Claudia Bednarski im Kuratorium vertreten (einstimmig);
- entsandte Hans-Jürgen Schnaß und vertretungsweise Jeannette Malcherrek in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland (einstimmig).

Verwaltungsvorlagen

Der Rat stellte einstimmig die vom Rechnungsprüfungsausschuss **geprüfte Eröffnungsbilanz** zum 1.1.2009 fest und entlastete den Oberbürgermeister.

Der Rat beschloss gegen die Linke bei Enthaltung der freien Wähler eine Änderung der **Gebührentarife des Stadtarchivs**. Die Mindestgebühr für kommerzielle genutzte Auskünfte steigt von 40 auf 60 Euro, für nicht kommerzielle Auskünfte von 20 auf 25 Euro. Auszüge aus dem Personenstandsregister kosten 6 Euro, beglaubigt 10 Euro.

Der Rat beschloss eine neue **Satzung des Jugendamtes**, die Änderungen durch das Kinderbildungsgesetz KiBiz berücksichtigt. Der Antrag der freien Wähler, einen Vertreter der Islamischen Glaubensgemeinschaft in den Jugendhilfeausschuss zu berufen, wurde bei Enthaltung einer SPD-Stimme abgelehnt.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken neue **Beteiligungsrichtlinien** und ergänzte diese um den **Public Corporate Governance Kodex**. Hierdurch werden Standards für das Zusammenwirken von Rat, Verwaltung und Beteiligungsunternehmen festgelegt und definiert und eine verantwortungsvolle Unternehmensführung und -überwachung sichergestellt. Ein Ergänzungsantrag der SPD, den Kodex an einigen Punkten genauer zu formulieren und bei der Entsendung in die Aufsichtsräte darauf zu achten, dass mindestens 40 % der Aufsichtsratsmandate mit weiblichen Mitgliedern besetzt sind, wurde auf Antrag von BÜ 90 in den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

Der Rat stimmte gegen die Linke der Kooperationsvereinbarung zur Fortsetzung der bewährten Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Agentur für Arbeit in einer gemeinsamen Einrichtung ab 1.1.2011 zu und genehmigte einen entsprechend gefassten Dringlichkeitsbeschluss. Aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts wurde eine neue gesetzliche Grundlage für Betreuung der Langzeitarbeitslosen nach SGB II geschaffen. Die gemeinsame Einrichtung („**Jobcenter**“) ist die Regelform der Zusammenarbeit.

Der Rat beschloss einstimmig die Teilnahme der Stadt an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“, um den Titel „**Fairtrade-Stadt**“ zu erlangen. Die Bewirtung im Rathaus mit fair gehandeltem Kaffee und Tee wird beibehalten und wenn möglich um weitere Produkte aus fairem Handel ergänzt. Im Rahmen der Auftragsvergaben soll der faire Handel weiter vorangebracht werden. Die Wettbewerbskriterien werden schon jetzt erfüllt:

- Verwendung von Fairtrade- Kaffee und eines weiteren Produktes bei allen Sitzungen des Rates, der Ausschüsse und der Bürgermeisterbüros,
- lokale Steuerungsgruppe (Agenda-Fachforum, Eine-Welt-Forum, Stadtbezirk 5, Umweltamt)
- Angebote in lokalen Einzelhandelsgeschäften sowie Cafés und Restaurants
- Verwendung bei Bildungsveranstaltungen in Schulen, Vereinen und Kirchen
- Berichte der örtlichen Medien über alle Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“.

Der Antrag der Linksfraktion, über die Entwicklung jährlich im Rat zu berichten, wurde einstimmig beschlossen.

Gegen die Linksfraktion stellte der Rat den **Wirtschaftsplan 2011 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste** mit einem Volumen von 37 Mio Euro fest und nahm den Jahresabschluss 2009 bei Enthaltung der Linksfraktion zur Kenntnis. Zum Ausgleich des operativen Ergebnisses stellte er einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von rd. 208.000 Euro zur Verfügung.

Der Rat nahm den **Jahresabschluss 2009** einschließlich des Lageberichts **des Stadtentwässerungsbetriebes** zur Kenntnis. Ausgewiesen wird ein Jahresgewinn in Höhe von 3,2 Mio Euro. Aus dem Gewinn werden 0,5 Mio in eine zweckgebundene Rücklage zur Absicherung des Abwasserabgaberrisikos bei Störfällen und 0,12 Mio Euro in eine zweckgebundene Rücklage für das Risiko von Kostenunterdeckungen bei optischen Inspektionen von privaten Anschlusskanälen eingestellt. Der Restbetrag in Höhe von 2,6 Mio Euro wird an den städtischen Haushalt abgeführt und steht damit nicht dem Betrieb zur Begrenzung des Kreditbedarfs zur Verfügung (gegen SPD).

Der Rat stellte gegen die Linke den **Wirtschaftsplan des Stadtentwässerungsbetriebes 2011** sowie die Erfolgs- und Vermögensplanung bis 2014 fest. Weiterhin beschloss er einstimmig ab 1.1.2011 **gleich bleibende Gebühren für die Schmutzwasserentsorgung sowie eine Reduzierung der Niederschlagswassergebühr von 1,02 je qm auf 0,98 je qm** befestigter Fläche, wobei 7,5 Mio Euro aus der Gebührenaussgleichsrückstellung entnommen werden. Für die Niederschlagswasserentsorgung von Gründächern ermäßigt sich der Gebührensatz von 0,51 Euro je qm **Gründach auf 0,49 Euro** je qm Gründach. Die Satzung über die Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke wurde entsprechend geändert.

Aus steuerlichen Gründen besteht seit dem 1.1.2010 für den Bereich Abscheiderentsorgung beim Stadtentwässerungsbetrieb ein Betrieb gewerblicher Art. Die Abwassersatzung musste deshalb angepasst werden (einstimmig). Zugleich beschloss der Rat einstimmig, dass die Entsorgung und Reinigung der Leichtflüssigkeitsabscheideranlagen (Benzinabscheider) ab 1.3.2011 nicht mehr durch die Stadt durchgeführt wird. Für den Bereich der „Entsorgung der Fettabscheider“ reduzieren sich die Gebühren ab 2011.

Bei Enthaltung der Linksfraktion und der freien Wähler beschloss der Rat die Gebührenerkalkulation und -satzung für die **Straßenreinigung 2011**. Die Gebührensätze werden für die meisten Gebührenden geringfügig gesenkt, im Durchschnitt 1 %. Nur die Gebühr für die Reinigung selbständiger Gehwege wird um 2 Cent je Veranlagungsmeter erhöht. Dies betrifft etwa 0,1 % der veranlagten Grundstücke. Bei zahlreichen Straßen wurden die Reinigungsklassen geändert.

Der Rat beschloss gegen die Linke bei Enthaltung der freien Wähler die Gebührenerkalkulation und -satzung für die **Abfallentsorgung 2011**. Die Gebührensätze für den Kellerzuschlag steigen um 1,85 Euro bei wöchentlicher Leerung. Die Kosten für die Biotonnen steigen um 1,4 bis 1,8 %. Neu wird eine 80l-Biotonne eingeführt.

Der Rat beschloss gegen die Linke bei Enthaltung der freien Wähler neue **Gebührentarife für die Friedhöfe**. Während die Gebühren für die Grabnutzungsrechte aufgrund der Erhöhung des Anteils des öffentlichen Grüns geringfügig gesenkt werden können, steigen die Bestattungsgebühren um rd. 5,26 %.

Der Rat beschloss gegen Linke eine **Erhöhung der Jahresgebühren der Stadtbüchereien** von 13 auf 16 Euro.

Der Rat verlängerte einstimmig die **Übertragung der Finanzierung des kommunalen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auf den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)** bis zum 31.12.2019. Weiterhin beschloss er, die Abwicklung der ÖPNV-Pauschale auf den VRR zu übertragen.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit dem Abschluss eines Vertrages mit der **Stadt Neuss zur Übernahme der Dienstleistungen einer Telefonzentrale** sowie der Anpassung der Kosten der bestehenden Vereinbarung über den Betrieb der D115-Dienstleistungen für die Stadt Neuss. Auf der Basis von 11.000 Anrufen je Monat wird ein Jahresbetrag von 100.320 Euro gezahlt. Zusätzliches Personal ist für die Telefonzentrale nicht vorgesehen.

Der Rat beschloss zum Schuljahr 2011/12 die sukzessive **Auflösung der Gemeinschaftshauptschule Emil-Barth-Straße** (gegen 3 Linke, 1 SPD, 4 CDU, freie Wähler bei Enthaltung 1 Linke, FDP, 1 CDU) **sowie die Unterbringung des Hermann-Harry-Schmitz-Weiterbildungskollegs (Abendrealschule) am Schulstandort Emil-Barth-Straße** (gegen FDP, 1 SPD, 4 CDU, Freie Wähler, 3 Linke bei Enthaltung 1 Linke, 1 BÜ 90, 1 CDU). Für die im Süden liegenden drei Hauptschulen wird ein Bedarf von 31 bis 33 Klassen prognostiziert. Demgegenüber stehen in diesen Schulen insgesamt 46 allgemeine Unterrichtsräume zur Verfügung. Während des Auslaufens der Hauptschule Emil-Barth-Straße soll die Abendrealschule vorübergehend Räumlichkeiten der Fritz-Henkel-Schule an der Stettiner Straße nutzen.

Der Rat beschloss einstimmig die **Einrichtung des Bildungsganges: Fachschule für Ernährung und Hauswirtschaft – Fachrichtung Hotel und Gaststätten** – an der Albrecht-Dürer-Schule zum 1.8.2011. Hier kann dann der Abschluss „staatlich geprüfte/r Betriebsleiter/in“ absolviert werden.

Der Rat beauftragte gegen die Linke die Verwaltung, eine **Verfügung zur Umsetzung eines Glasverbots anlässlich des Straßenkarnevals 2011** zu erlassen, für die Händler Verkaufsverbote anzuordnen und begleitende präventive Maßnahmen umzusetzen. Altweiberfastnacht, Karnevalssonntag und Rosenmontag soll dann ein Glasverbot in der Altstadt (zwischen Rheinufer, Ratinger Straße, Heinrich-Heine-Allee, Flinger Straße, Berger Straße, Hafenstraße, Schulstraße) gelten. Das Mitführen und Verkaufen von Gläsern

und Glasflaschen wird ebenso verboten wie die Verwendung von Gläsern und Glasflaschen in Außengastronomien. An 16 Einlassstellen sollen Einsatzkräfte des Ordnungsamtes und privater Sicherheitsunternehmen Kontrollen durchführen. Die Öffentlichkeit, die Einzelhändler und die Gastronomie sollen frühzeitig informiert werden.

Der Rat beschloss einstimmig Änderungen der **Richtlinie „klimafreundliches Wohnen in Düsseldorf“** zur Förderung von energetischen Sanierungen und zur Reduzierung der CO² Emissionen. Ergänzungen und Präzisierungen betreffen die Förderung von Wärmedammaßnahmen und Heizungsanlagen. Im Bereich von Fernwärme und Lüftung werden die Förderprogramme erweitert, dafür entfällt die Förderung der Entsorgung von Nachtspeicheröfen. Gemeinnützige Träger können nun ebenfalls Fördermittel für die Sanierung von Wohngebäuden beantragen.

Der Rat nahm den **Masterplan Energieeffiziente Straßenbeleuchtung 2010-2015** zur Kenntnis und beschloss gegen BÜ 90, Linke und einige SPD-Stimmen die Umrüstung von 1400 Gasleuchten (der insgesamt 17.000) auf eine energieeffiziente elektrische Beleuchtung. Die historischen Gasleuchten Alt Düsseldorf und Frankfurter Modell werden nicht umgerüstet. Typische Wohnstraßen, Stadtteilzentren, gestalterisch sensible Bereiche mit Erhaltungssatzung oder Denkmalschutz sind ebenfalls nicht zur Umrüstung vorgesehen. Die Umrüstung erfolgt in Hauptverkehrsstraßen, Straßen mit besonderer Verkehrsbedeutung und in Gewerbegebieten. Die Kosten für die Umrüstung von ca. 5,6 Mio (ca. 4000 Euro je Leuchte) werden durch das Bundesumweltministerium im Umfang von 1,68 Mio gefördert. Für die altersbedingte Erneuerung und/oder Verbesserung der Beleuchtung werden Anliegerbeiträge erhoben, die bei Anliegerstraßen bei 50 %, bei Sammelstraßen bei 30 % und Hauptverkehrsstraßen 10 % der Investitionskosten liegen. Auf Antrag von CDU und FDP wurde gegen SPD, BÜ 90 und Linke beschlossen, dass über die Umrüstung in 16 von 63 Straßen die Bezirksvertretungen nach Anhörung der betroffenen Anlieger entscheiden. Änderungsanträge von BÜ 90 (umfassendes Bürgerbeteiligungsverfahren zur Umsetzung konzipieren) und SPD (generelle frühzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger über Art und Umfang der Austauschmaßnahmen sowie Kosten, Planung für die Zeit nach 2015 unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Einbezug der Ergebnisse des LED-Versuchs in Lohausen) fanden keine Mehrheiten.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linksfraktion eine Neufassung der **Richtlinien zur Förderung von Integrationsmaßnahmen der Migrantenselbstorganisationen**. Die Kriterien für die Förderung von Maßnahmen und Projekten wurden neu definiert und das Vergabeverfahren nachvollziehbarer gestaltet.

Baumaßnahmen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung

- eines neuen **Abwasserdükers** unter dem Rhein zwischen Lohausen und Ilverich mit einer Länge von 985 Metern. Voraussichtliche Kosten 12 Mio Euro, Baubeginn 2014, Bauzeit 22 Monate (einstimmig);
- des Umbaus der **Kantine im Technischen Verwaltungsgebäude** Brinckmannstraße 5. Durch die Neueinrichtung sollen die beiden jetzigen Kantinen, die nicht mehr aktuellen Anforderungen an die Zubereitung und Ausgabe von Mahlzeiten entsprechen, ersetzt werden. Vorgesehen sind 200 Sitzplätze. Die Kapazität der Küche wird auf die Herstellung von 600 Mahlzeiten ausgelegt. Kosten voraussichtlich 3,1 Mio Euro (einstimmig);
- der **nördlichen Entlastungsstraße von der Münsterstraße bis zur Heinrich-Ehrhardt-Straße**. Jeweils zwei Richtungsspuren werden durch einen 5 m breiten Grünstreifen getrennt. Auf der östlichen Seite ist ein 2 m breiter Notweg, auf der westlichen Seite ein 4,50 m breiter Fuß- und Radweg mit Radverkehr in zwei Richtungen geplant, wobei der Fuß- und Radweg im Bereich der Rampe an der Münsterstraße

noch geringer ausfallen wird. Die Kosten werden auf 17,2 Mio geschätzt, die Bauzeit soll von Januar 2012 bis September 2013 dauern (gegen SPD, BÜ 90, Linke).

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung des Projektes

- **Oberflächenerneuerung auf den Straßen der Altstadt nach der Kanalsanierung.** Mit Gesamtkosten von 5,75 Mio Euro. Die breiteren Straßen in Ost-West Ausrichtung werden nach historischem Vorbild gestalterisch in Geh- und Fahrbereich gegliedert. Die Flächen bleiben höhengleich und werden beidseitig durch eine flache Rinne entwässert. Die Randbereiche sind in einem gleichmäßigen, die Mitte mit einem gemischten Plattenformat ausgelegt. Die schmaleren Gassen in Nord-Süd-Ausrichtung erhalten eine Mittelentwässerung und sind einheitlich mit einem gemischten Plattenformat gestaltet. Entlang der Gebäudefassaden bildet ein bis zu 50 cm breiter Fries aus Natursteinpflaster den Übergang zwischen Straße und Fassaden. Einige Straßenkreuzungen werden durch geschnittenes gehfreundliches Natursteinpflaster (Granit) aufgewertet. Bolkerkopf, Hunsrücken- und Neustraße werden nach Fertigstellung der Wehrhahn-Linie realisiert. Windbruchgefährdete Robinien in der Mittelstraße werden gegen Amberbäume ausgetauscht und um Mehlbeeren ergänzt. Die übrigen Baumstandorte werden saniert. Müllbehälter werden gegen größere Behälter ausgetauscht. Am Bolker Stern und in der Flingerstraße sind Unterfluranlagen vorgesehen. Die Standorte von Fahrradständern werden im Bauverlauf festgelegt. Bei den Bänken wird ein Modell ähnlich wie auf der Rheinuferpromenade verwendet. Zwischen dem U-Bahnhof Heinrich-Heine-Allee und dem Rathaus wird eine Leiteinrichtung für Sehbehinderte hergestellt. Der Umbau soll zwischen Januar 2011 und März 2014 erfolgen, wobei auf die zahlreichen Veranstaltungen in der Altstadt Rücksicht genommen wird. SPD, Linke und Freie Wähler enthielten sich, BÜ 90 stimmte für einen anderen Plattenbelag, CDU und FDP für den Verwaltungsvorschlag;
- die Erweiterung der **Kindertageseinrichtung Am Litzgraben 28 a** (Angermund) und genehmigte einen entsprechenden Dringlichkeitsbeschluss. Für die Einrichtung einer Familiengruppe mit 17 Plätzen für Kinder im Alter von 4 Monaten bis 6 Jahren wird ein Container angemietet und aufgestellt. Die Kosten für Herrichtung des Geländes und Einrichtung des Containers belaufen sich auf 322.000 Euro. Ein Neubau der Kindertageseinrichtung wird nicht vor dem Jahre 2013 realisiert (einstimmig).

Baurecht

Der Rat beschloss

- eine **Veränderungssperre** für das Gebiet zwischen der Bruchstraße, dem Flinger Broich, der Bahntrasse und der Hoffeldstraße. Die hier befindlichen Einzelhandelsbetriebe befinden sich an einem nicht integrierten Standort. Zur Zeit ist ein Bebauungsplan im Verfahren, der hier die Ansiedlung von nicht störenden Gewerbebetrieben vorsieht. Durch die Veränderungssperre soll die Genehmigung der Erweiterung eines Discounters verhindert werden (einstimmig);
- die **Flächennutzungsplanänderung** Elbsee. Nach dem Ende des Kiesabbaus soll das Freizeit- und Erholungsangebot am Elbsee durch eine Wellness-Anlage ergänzt werden. Die Anlage soll aus einem maximal zweigeschossigen Baukörper gestehen. Im Flächennutzungsplan wird dieses 2 ha große Gebiet als Sondergebiet Freizeit und Erholung ausgewiesen. Die Darstellung der Grünflächen (16 ha) wird an den tatsächlichen Verlauf des Ufers angepasst, ansässige Vereinsheime werden mit der Zweckbestimmung Sportanlage gekennzeichnet. Die Wasserflächen (109 ha) werden an die tatsächlichen Verhältnisse angeglichen und als vereinsgebundene, landschaftsverträgliche Wassersportnutzung gekennzeichnet. Die Einzelheiten, wie z.B. Trainingszeiten werden nicht im Flächennutzungsplan geregelt. Auch die Forstwirtschaftsflächen (110 ha) werden an die tatsächlichen Verhältnisse angeglichen (gegen Linke);
- den Bebauungsplan **Hochhaus Mercedesstraße (Fishman Tower)**. Auf dem unbebauten 4930 qm großen Grundstück am Kreuzungsbereich zur Münsterstraße soll mit

einem 120 m hohen Hochhaus mit 34 Geschossen parallel zur Münsterstraße und zum Aral-Hochhaus errichtet werden. Ein viergeschossiger Flachbau dient der Schließung des Blockrandes. Als Verbindung soll ein dreigeschossiges glasüberdachtes Foyer dienen. Das Hochhaus soll als Hotel, Boardinghouse und für Büros genutzt werden. Im Flachbau sind Büronutzungen, Konferenzräumlichkeiten und Wellness vorgesehen. Im Erdgeschoss sind Einzelhandelsnutzungen, Läden und Gastronomie möglich. Insgesamt sind 41.600 qm Geschossfläche sowie 480 Stellplätze in einer Tiefgarage vorgesehen (gegen Linke);

- den **Bebauungsplan Wacholderstraße** (Angermund). Für das 1,1 ha große Gebiet existiert ein Bebauungsplan mit der Festsetzung Gewerbegebiet. Nun wird das Gebiet im Südwesten als Wohngebiet für Reihenhäuser (im nördlichen Teil) und freistehende Einfamilien- und Doppelhäuser (im süd-westlichen Teil) ausgewiesen, im Osten werden der Gewerbebetrieb gesichert und Erweiterungen ermöglicht (Enthaltung BÜ 90).

Haushalt 2011

Abgelehnt wurden folgende SPD-Anträge:

- **-Wende in der Verkehrspolitik – Vorfahrt für den Umweltverbund:** Machbarkeitsstudie für den Bau der Stadtbahnstrecke U 81 zwischen Flughafen-Terminal und Neuss-Am Kaiser, Bestellung zusätzlicher Leistungen der Rheinbahn zur Verlängerung des 10-Minutentaktes bis 21 Uhr, die Planung der Anbindung des Hohenzollern-Geländes, des Reisholzer Hafens und der Uni-West an das Stadt- und Straßenbahnnetz, Nutzungsmöglichkeit der Bus- und Taxispuren für elektrisch angetriebene Car-sharing-Fahrzeuge, Umschichtung von 10 % der Investitionen in Infrastruktur für den Radverkehr, Verzicht auf den Bau des Nordabschnitts der Entlastungsstraße Derendorf;
- **Verkehrsinfrastruktur anpassen:** Verkehrsverbindung zwischen Forststraße und Reisholzer Hafen für Schwerlastverkehr ausbauen, 250.000 Euro Planungskosten für den Ausbau der Eisenbahnunterführung Bamberger Straße;
- **Wende in der Wohnungspolitik:** Ankauf von Belegungsrechten zur Sicherung von preiswertem Wohnraum, Gewinnung von Investoren zur Schaffung von Wohnraum anstelle von Büroflächen, Vergabe von Grundstücken mit der Maßgabe, 1/3 öffentlich geförderte, 1/3 Mietwohnung und 1/3 Eigentumswohnungen zu errichten, Definierung eines Produktziels „Schaffung von jährlich 2800 Wohnungen durch Neubau und Umwandlung von Büroflächen, wobei ein Drittel des zu schaffenden Wohnraums öffentlich gefördert sein soll“, Kapitalerhöhung bei der städtischen Wohnungsgesellschaft um 6 Mio Euro zwecks Errichtung von 100 Wohnungen;
- **Chancengleichheit und Teilhabe für alle Kinder sichern:** Verzicht auf Elternbeiträge für alle Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, beitragsfreie Mittagsverpflegung in allen Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen, zusätzliches Personal (26 Stellen) für Kindertagesstätten in Stadtteilen mit besonderem sozialem Handlungsbedarf;
- **Chancengleichheit und Teilhabe auch in Stadtteilen mit besonderem sozialem Handlungsbedarf ermöglichen:** zusätzliches Personal (10 Stellen) für den Bezirkssozialdienst;
- **Langzeitarbeitslosigkeit in Düsseldorf bekämpfen, Kürzungen im Bundeshaushalt kommunal auffangen:** 2 Mio Euro für Arbeitsgelegenheiten für Erwachsene;
- **Nachhaltiges Düsseldorf – Landstromversorgung für Personen- und Hotelgastschiffe:** 1 Mio Euro für den Bau von Landstromversorgungsanlagen an der Rheinuferpromenade und am Robert-Lehr-Ufer;
- Erhöhung des **Masterplans Schulen** um 5 Mio Euro;
- 50.000 Euro für eine zusätzliche **Fachkraft** in der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien;
- Erweiterung der **Samstagsöffnung der Stadtbüchereien** bis 16 Uhr;

- 150.000 Euro Planungskosten für die **Schulsportanlage Brinckmannstraße**.

Ebenso wurden abgelehnt gemeinsame Anträge von SPD und BÜ 90:

- Rücknahme der Kürzung von nahezu 12 Mio Euro bei den Personalkosten, weil nicht benannt wurde, welche Stellen entfallen sollen;
- 35.680 Euro für die junge Tanzkompanie Riepe;
- 6.000 Euro für das Glashaus Worringer Platz (statt dessen wurden auf Antrag von CDU/FDP 3000 Euro beschlossen mit der Maßgabe, die Mittel nur auszuzahlen, wenn die Bezirksvertretung 1 ebenfalls 3000 Euro aus ihrem Etat bereitstellt);
- Rücknahme der Kürzung bei der Unterhaltung (75.000 Euro) und dem Bau (390.000 Euro) von Kinderspielflächen ;

Auf Antrag von CDU und FDP wurde ein Beschluss des Integrationsausschusses, die Mittel für die Integrationsarbeit um 70.000 Euro zu erhöhen, um 60.000 Euro gekürzt (gegen SPD, BÜ 90, Linke). Eine im Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit den Vertretern der Verbände beschlossene Erhöhung der Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan um 774.000 Euro wurde durch die Ratsmehrheit wieder reduziert.

Beschlossen wurden folgende Anträge von CDU und FDP

- 500.000 Euro Anschubfinanzierung zur integrierten diamorphingestützten Substitutionsbehandlung mit Sperrvermerk bis der Standort klar ist (einstimmig). Der Oberbürgermeister gab bekannt, dass die Verwaltung bisher keinen Standortvorschlag machen kann;
- 30.000 Euro Planungskosten für die Verlängerung der Böhlerstraße (gegen Linke)
- Vorziehen der ab 2013 vorgesehenen Haushaltsmittel für die Hafenschließung/Straßenbahn um ein Jahr (Enthaltung Linke);
- Möglichkeiten einer pauschalierten Förderung der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen ab 2012 ermitteln und Gegenfinanzierungsmaßnahmen prüfen (gegen SPD);
- Mögliche Steuermehrerträge werden der Ausgleichsrücklage zugeführt, soweit diese nicht für gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen sowie überplanmäßige Ausgaben benötigt werden (gegen SPD, Linke).

Auf Antrag von CDU, SPD, FDP, BÜ 90, Freie Wähler wurde gegen Linke der Zuschuss an die DMT Düsseldorf Marketing und Tourismus GmbH um 125.000 Euro erhöht, um Tarifierhöhungen im Personalbereich aufzufangen.

In den Ausschuss für Gesundheit und Soziales geschoben wurde der Antrag von BÜ 90, die Förderung des Projektes „Zukunft ohne Sucht“ in Stadtteilen mit besonders hohem Gefährdungspotenzial für Kinder und Jugendliche als Leistung aufzunehmen.

Änderungsanträge von BÜ 90/Die Grünen und Linken wurden mehrheitlich abgelehnt.

Der Gesamthaushalt wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, freien Wählern gegen SPD, BÜ 90, Linksfraktion beschlossen.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen. Die Anträge der SPD sind ebenso wie die Haushaltsrede von Martin Volkenrath im Internet zu finden: www.spd-ratsfraktion-duesseldorf.de.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein frohes und friedliches Weihnachtsfest und für 2011 Gesundheit, Glück und Zufriedenheit.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer